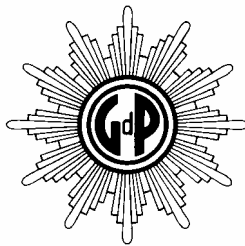


INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

Berlin, 18. Dezember 2003

Keine Einigung über Kostenbeteiligung beim Digitalfunk NRW will digitalen Funk im Alleingang einführen

Immer noch streiten sich Bund und Länder über die Aufteilung der Kosten für ein modernes digitales Funksystem für Polizei, Grenzschutz und für andere Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS).

Deutschland liegt derzeit mit Albanien gleichauf, denn beide Länder gehören zu den wenigen in Europa, die noch keine digitalen Funksysteme für die BOS im Einsatz haben.

Noch auf der Computermesse CEBIT 2003 hatte Bundeskanzler Gerhard Schröder als Ziel erklärt, zur Fußballweltmeisterschaft 2006 wenigstens die Austragungsorte mit einem digitalem Funknetz auszustatten.

Auch dieses Ziel scheint nunmehr in weite Ferne gerückt zu sein.

Über die Kostenverteilungsfrage diskutierten zuletzt die Innenminister und –senatoren der Länder anlässlich ihrer Sitzung im November 2003 in Jena. Wieder einmal konnten sich die Teilnehmer auf eine verbindliche Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern nicht einigen.

Nunmehr wird allseits erwartet, dass sich die Ministerpräsidenten-Konferenz unter Leitung des Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 18. Dezember 2003 auf eine Kostenverteilung einigen wird.

Wenn es auf der Ministerpräsidenten-Konferenz nicht zu einer Einigung der Kostenverteilung kommt, will Nordrhein-Westfalen nicht länger auf den Digitalfunk warten. NRW wird die neue Technik dann im Alleingang einführen, so Innenminister Fritz Behrens in der IMK-Pressekonferenz vom 21. November 2003.

Behrens sagte, die von Polizei und anderen Sicherheitskräften verwandte Technik sei total veraltet und nicht abhörsicher. Ersatzteile könnten kaum noch beschafft werden und NRW brauche, auch für die Fußballweltmeisterschaft 2006, die bestmögliche Sicherheitsausrüstung.

Bundesinnenminister Otto Schily hatte schon auf der Pressekonferenz der IMK angekündigt, dass es am 24. November 2003 ein weiteres Sondierungsgespräch mit

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190

Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

dem thüringischen Innenminister und Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Andreas Trautvetter sowie dem baden-württembergischen Finanzminister und Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz Gerhard Stratthaus ein weiteres Sondierungsgespräch geben werde.

In diesem Gespräch wurde über die weitere Vorgehensweise zur Einführung des bundesweiten Digitalfunks für die BOS beraten. Die auf der Arbeitsebene mit den Ländern mühsam erarbeitete Dachvereinbarung stand dabei im Mittelpunkt der Diskussion.

Alle waren sich (mal wieder) einig, dass ein moderner Digitalfunk gebraucht wird. Otto Schily erklärte nach diesem Gespräch: "Wir haben ein konstruktives Gespräch geführt. Es ist erfreulich, dass sich der Vorsitzende der IMK Trautvetter meiner Auffassung anschließt, dass die von Bund und Ländern entworfene Dachvereinbarung für die bundesweite Einführung des Digitalfunks unterschriftsreif ist." Über die Kostenverteilung habe man allerdings bisher noch keine Einigung erzielen können. Diese Frage müsse spätestens mit Abschluss des Rahmenvertrages geklärt werden.

Am 27. November 2003 erklärte Otto Schily in seiner Haushaltsrede im deutschen Bundestag, dass nach der zum Sondierungsgespräch herausgegebenen Presseerklärung sein Staatssekretär ihm in einem Gespräch mitgeteilt habe, der Thüringer Staatssekretär Scherer habe plötzlich erklärt, dass das alles nicht wahr sei und der thüringische Innenminister und Vorsitzende der IMK Trautvetter seine Zusage zurückziehen möchte.

Nach alledem kann nicht damit gerechnet werden, dass auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 18. Dezember 2003 die Frage der Kostenverteilung abschließend geregelt wird.

Für den Fall, dass sich die Ministerpräsidenten wenigstens auf den Abschluss der Dachvereinbarung einigen, kann Anfang 2004 mit der Ausschreibung begonnen werden. Über die Kostenverteilung wird dann erneut zu streiten sein, wenn die Angebote und damit die tatsächlichen Kosten für den Digitalfunk vorliegen. Aber bis dahin ist ja noch viel Zeit und NRW wird bei der Realisierung eines eigenen Digitalfunknetzes schon ein ganzes Stück weiter voran gekommen sein, wenn Innenminister Behrens seine o. a. Erklärung in die Tat umsetzt.

Eine Tatsache ist dann allerdings nicht von der Hand zu weisen: Es wird – trotz diverser Erklärungen von Politikern, ein bundeseinheitliches digitales Funksystem einführen zu wollen – zu einem Flickenteppich von Funksystemen in Deutschland kommen, wenn jedes Bundesland und der Bund sich nunmehr ihr eigenes System auswählen. Drei Systeme stehen derzeit zur Verfügung: TETRA, TETRAPOL und GSM-BOS. Für NRW steht die Systementscheidung offensichtlich schon fest, folgt man der Presseerklärung des Innenministers Behrens (siehe Anlage, Ziffer 3!).

Zitat aus der Pressemeldung des NRW-Innenministeriums vom 21.11.2003.

Während der IMK-Konferenz in Jena sagte NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens: „Nordrhein-Westfalen will nicht länger auf den Digitalfunk warten. Wenn es auf der Ministerpräsidenten-Konferenz am 18. Dezember nicht zu einer Einigung bei der Kostenverteilung kommt, führen wir die neue Technik im Alleingang ein. Es ist unsere Pflicht gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Einsatz, sie mit ver-

nünftiger Funktechnik auszustatten. Die bisherige Technik ist total veraltet. Ersatzteile könnten kaum noch beschafft werden.

Der Digitalfunk für Sicherheitsbehörden bedeutet mehr Sicherheit für die Menschen. Mit dem bundesweit ersten Pilotprojekt Digitalfunk haben die Polizisten und Rettungsdienste in Aachen ein modernes System, ohne das in den nächsten Jahren keine Sicherheitsbehörde in Europa mehr auskommen wird. Jetra 25" (Terrestrial Trunked Radio) wird seit Juli 2001 auf den 715 Quadratkilometern der Region Aachen erfolgreich eingesetzt.

Mit der geplanten Ausweitung der modernen Technik auf ganz Deutschland können die Vorteile des Digitalfunks gemeinsam genutzt werden. Die flächendeckende Einführung des Digitalfunks für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben ist eines der ehrgeizigsten Projekte von Bund und Ländern in diesem Jahrzehnt.

Im Gegensatz zum bisherigen, und teilweise illegal mitgehörten Analogfunk ist das digitale Tetra abhörsicher. Gerade bei sensiblen Einsätzen der Polizei, wie bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, ist dies außerordentlich wichtig. Dies verbessert nicht nur die Sicherheit der Menschen, sondern auch die Sicherheit der Polizisten im Einsatz. Schon während die Polizisten ein verdächtiges Fahrzeug anhalten, können sie überprüfen, welche Gefahr für sie besteht. Außerdem können verschiedene Sicherheitskräfte ihre Funkkanäle zusammenschalten und so vor allem bei Großeinsätzen viel leichter miteinander kommunizieren als zuvor im analogen Funk.

Seit 2001 erproben in der Region Aachen mehr als 2000 Sicherheitskräfte über 1000 digitale Funkgeräte in den Wachen, Leitstellen, Einsatzfahrzeugen und als Handgeräte. An dem Pilotprojekt beteiligen sich neben der Polizei auch Bundesgrenzschutz, Zoll, Technisches Hilfswerk, Bundeskriminalamt, Bundesverfassungsschutz und die örtlichen Rettungsdienste. Mit der neuen Technik bleibt auch bei längeren Fahrten der Kontakt mit der eigenen Leitstelle mühelos möglich, während die Sicherheitskräfte früher in die regionalen Frequenzen umschalten und so aus der Leitstelle einer anderen Stadt dirigiert werden mussten.

Darüber hinaus können die Polizisten während der Gespräche über das digitale Netz auch Daten versenden, etwa Lagepläne oder Informationen direkt aus Fahndungsdateien. Sogar Fotos lassen sich nun schnell übermitteln. Bisher bekamen die Streifenbeamten Informationen über Personen und Kennzeichen nur verzögert über die Wache oder Leitstelle.“